



Joachim Gauck (l.) im Martin Luther Forum, befragt von Pfarrer i.R. Peter Seeber.

FOTO: BUGZEL

Plädoyer gegen das Vergessen

MLFR Im Gespräch mit Joachim Gauck. Lehrstunde in Sachen Demokratie

GLABECK – Es war eine Lehrstunde in Sachen Demokratie, Freiheitsstreben und gegen Politikverdrossenheit, als Dr. Joachim Gauck im Gespräch mit Pfarrer i.R. Peter Seeber im Martin Luther Forum Ruhr (MLFR) in Gladbeck der Frage nachging, ob nach 20 Jahren Wiedervereinigung zusammenwächst, was zusammengehört.

Dabei lernten die mehr als 300 Gäste im Verlauf der Veranstaltung einen Menschen kennen, der bis heute aus einer unbändigen Freiheitsliebe heraus energisch gegen das Vergessen und für die Demokratie eintritt. Und einen Menschen, der, so Peter Seeber, als „Bundespräsident der Herzen“ Zuspruch bei der Bevölkerung fand.

Vieles von Gaucks Engagement mag sich aus seinem Lebenslauf herleiten lassen: Sein Vater wurde in der ehemaligen DDR „wegen Nichts“ zu zweimal 25 Jahren Straflager in Sibirien verurteilt und seinen eigenen Kindern wurde das Abitur verwehrt, weil sie nicht der Parteijugend angehörten.

Doch das allein erklärt nicht, warum Gauck zu einem der führenden Köpfe der friedlichen Revolution in der DDR wurde. Es war vielmehr die „Fähigkeit zur Verantwortung, die jeder in sich trägt“ und der „Traum, in einem freien Land zu leben“, so Gauck. Sie ließen ihn 1989 als Pfarrer auf die Straßen gehen, um für demokratische Verhältnisse zu demonstrieren.

Als Joachim Gauck dann im März 1990 im Alter von 50 Jahren erstmals an freien, geheimen und gleichen Wahlen teilnehmen durfte, kamen ihm die Tränen der Freude. Diese ganz persönlichen Einblicke, die Gauck seinem Publikum gewährte, bildeten die Folie für all die Fragen, die sich um das Zusammenwachsen von Ost und West rankten.

Differenziert bezog Gauck Stellung zur Frage, ob der Solidaritätszuschlag auf Dauer zu rechtfertigen sei und erstaunte den einen oder anderen Zuhörer mit der Feststellung, dass die gesellschaftlichen und politischen Unterschiede innerhalb der neuen Bundesländer ungleich größer seien, als diejenigen zwischen Ost und West. Weniger

überraschend fiel sein Urteil über die DDR aus. „Natürlich war sie ein Unrechtsstaat. Das sollten sich auch diejenigen vor Augen führen, die betonen, dass es in der DDR doch Vollbeschäftigung und kostenlose Krippenplätze gab.“

Den Hinweis auf die diktatorischen Verhältnisse in der DDR verband der Gast im MLFR mit einem flammenden Plädoyer gegen die sich ausbreitende Politikverdrossenheit. „Die Demokratie lebt davon, dass wir zur Wahl gehen. Und auch wenn Sie mit den Parteien unzufrieden sind, dann gehen Sie trotzdem zur Wahl und machen Ihr Kreuz bei der Partei, die Sie für die weniger Schlechte halten. Diese Freiheit sollten Sie sich nicht nehmen lassen.“ *Awil/Bu*